

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: Will. Röhling in Düsseldorf,
Corneliusstr. 68. Berichte, kleine Beiträge u. s. f. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorstand einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. Et

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pf.; durch
die Post bezogen 90 Pf. Expedition und Druck
von Joh. von Aden in Krefeld, Düsseldorf, 66.
Blaurock 22 Fernsprech-Nr. 1868. Telegramm

Nr. 22.

Teleg. Adr.: Textilarbeiter-Düsseldorf.

Düsseldorf, den 2. Juni 1906.

Fernsprech-Nr. 4423.

8. Jahrgang.

Das Recht im Wirtschaftsleben.

Die heutige Sozialreform wird beherrscht von der Idee, daß das Wohl der Gesamtheit nicht durch das rücksichtslose Vorwärtsdrängen der wirtschaftlichen Kräfte, sondern durch gebührende Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Schwächen und Hilfsbedürftigen auf die gesellschaftliche Entwicklung einzuwirken. Bekanntlich bestimmen die Vertreter des wirtschaftlichen Übermenschenstums, als dessen leidenschaftlicher Vertreter sich Dr. Tille erweist, jede Schlußausgabe zugunsten der wirtschaftlichen Schwächen als Beschränkung der Freiheit. Dabei sind diese Herren aber doch jederzeit bereit, die Freiheit anderer zu opfern, wenn es sich darum handelt, die Arbeiter in größere wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen, welche diese nötigt, ihre Kräfte im Dienste weniger zu verbrauchen, um diese reicher und reicher zu machen und selbst nur im beiderseitigen Masse an den Gütern aufsteigender Kultur teilzunehmen. Diesem Egoismus gegenüber, der nur die Freiheit für die Stärksten anerkennt, der die Lehre vom Kampf ums Dasein mit seinen verheerenden Konsequenzen im Wirtschaftsleben zur Anwendung bringen will, hat die soziale Reform die wahre Freiheit auf ihre Lähne geschrieben. Die Sozialreform fordert die Freiheit, welche mit der Gerechtigkeit im Einklang steht, welche die Rechte des Schwachen nicht weniger schützt als die Rechte des Starken und die persönlichen Interessen mit dem Wohl der nationalen Gesamtheit vereinbart. Davon wollen die Vertreter der Herrnsmoral, die Klassenkämpfer von oben, allerdings nichts wissen. „Fort mit dieser christlich-demokratisch-human-sittlichen Moral“, so fordert Dr. Tille in seinem Buche „Entwickelungsethik“, daß er mit der Moral, welche die Überwindung des Traumes von der Gleichheit zum Ziel hat. Dadurch werden dann jene Macht- und Übermenschen geschaffen, die sich durch jene eisernen Selbstsucht und die ungeheure Konzentration ihrer Geisteskräfte auf ihren Gegenstand als die den Daseinemitteln am besten Angepaßten erweisen.“

National und überall gesunde Männer und vor rein menschlichem Standpunkt als Christen den schwächeren verteidigen, daß wir gegen unsere Mitbrüder höhere Pflichten zu erfüllen haben. Solange man sie aus aus dem Wirtschaftsleben, so muß ein wirtschaftliches Unrecht die Folge sein. Der politische Egoismus in die Tat umzusetzen, wäre Früchte zeitigen. Das liegt es hier nur daran, noch einmal zu konstatieren, daß solch ein Vorgehen weder national noch liberal ist, und daß hier nicht das Ethische „Das Recht und der Friede“ hingehört, der Artikel wäre vielmehr von Herrn Dr. Tille richtig: „Das Unrecht und der Krieg“ bezeichnet worden. Bezeichnenderweise hat Herr Dr. Tille mit diesem Artikel in der Presse einmütige Anerkennung gefunden, denn nicht ein einziger aus dem Kreise der Wähler, an die er die Korrespondenz sendet, hat diesen Artikel angenommen, auch nicht einmal das Hauseblatt der „Kaisar-Wurzacher Zeitung“, die sonst recht fröhlichen Geh- und auch von den Korrespondenten macht. Der Artikel ist „selbst diesem Blatte als zu gefährlich erschienen.“

Nach diesen Auslassungen der Saarbrücker Zeitung scheint Dr. Tille mit seiner „Kraftmenschen-Moral“ nicht zuviel Freunde zu erwerben. Und das ist gut so! In ihrer Generalgemeinung würden die Tilleschen „Grundsätze“ den Untergang des Volksganges bedeuten. Denn aus ihnen müßte sich logisch der kräfteste Klassenkampf, die einheitligste Klassenjustiz mit ihrem Kriminalober nach dem Willen der überlegenen Klasse entwickeln. Darin besteht gerade das Verderbnis des Tilleschen, daß er dem einzelnen Menschen eine Selbstherlichkeit zuschreibt, die derselbe nicht haben kann, weil sie ihn loslost von der ständigen Weltordnung. Dieser unbegrenzten persönlichen Freiheit, dem Tilleschen Übermenschenstum stellte mir als Vertreter der christlichen Sozialreform die Grundlage zur Lehre entgegen, welche das christliche Sittengebot fordert. Eine Wiederbelebung des christlichen Werthes werden alle Reformstrebe zu einem sicheren Bauernland besiegeln können gelangen müssen.

Die christliche Sozialreform fordert demgegenüber die Erneuerung der christlichen Pflicht im Wirtschaftsleben, des auf spiritueller Grundlage ruhenden Rechtes und Gesetzes. Freiheit und Pflicht in der rechten Verbindung nach Gottes Gesetz zum allgemeinen und umfassenden Wohle des ganzen Volkes, das ist der Grundgedanke, die große, leitende und höchste See der christlichen Sozialreform. Sie ist das seite fundamental, in welchem die praktische Reformarbeit ihre neuersagende Stütze besitzt. Die Forderungen des christlichen Sittengeistes bilden die größten Schranken für den absoluten gewalttätigen Egoismus, von der persönlichen Freiheit jedes Menschen eingefangen bis zu den neuzeitlichen Rechtsformulierungen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Es kann nun gar keinen Streit darüber geben, daß im wirtschaftlichen Leben das Recht maßgebend ist und sein muß. Gibt es aber im Wirtschaftsleben außer den rechtlichen Verpflichtungen auch jütlische Pflichten? Diese Frage scheint vielleicht trivialis. Es läßt sich doch kein vernünftiger Grund dafür ausdenken, warum gerade dieser wichtige Stück des Gesellschaftslebens, das wir Wirtschaftsleben nennen, den Geboten der Sitten nicht unterliegen sollte. Und doch ist diese Frage nicht überflüssig.

Wir sehen, wie die Anhänger der materialistischen Weltanschauung und die Bewunderer der neuzeitlichen Entwicklungstendenzen, um eine mögliche Belebung dieser Entwicklung zu erzielen, nicht davor zurückstehen, den Erzeugungen des Stifts nicht im Rahmen des Wirtschaftslebens keinen Raum zu gewähren. So hat Dr. Tille in der von ihm herausgegebenen „Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung“ unter der Spalte „Das Recht und der Friede“, einen Artikel gebracht, der wohl als das Programm des rücksichtslosen Egoismus bezeichnet werden kann. Zum Schluß desselben heißt es:

„Es ist ja ein ganz netter philosophischer Sport, herauszufügen, welche „Rechte“ jeder Mensch hat. Aber wenn eins sicher ist, so ist es das, daß keine menschliche Gesellschaft jemals bestehen könnte, wenn jeder diese vermeintlichen „Rechte“ auch nur zur Hälfte ausüben wollte. Vielleicht lernen auch die Herren Bechner und Bühlke (Gewerkschaftsbeamte) die Reg. der Textilarbeiter-Zeitung noch einmal, daß das ganze Geschwür von Menschenrechten in die Kumpelsammler gehört, und daß das praktische Leben von der Wechselwirkung von wirtschaftlichen und sozialen Kräften gebildet wird. Es ist nicht die Schuld des industriellen Unternehmertums, daß die Kraft des Geistes und des beherrschenden Willens noch immer die Leitung hat, die Lebensgeschäfte der Träger der Musterstadt im wesentlichen zu bestimmen. Und ist es zuviel gesagt, wenn wir sagen: wehe! wenn es einst anders würde!“

Es verdient demgegenüber Anerkennung, wenn selbst die liberale „Saarbrücker Zeitung“ zu den Ausführungen Tilles bemerkt:

„Dr. Tille zeigt sich damit pöbelischer als der Papst. Denn daß diese Ausschreibungen durchweg von unseren Großindustriellen geteilt werden, möchten wir schlankweg verneinen. Dieses Evangelium des krasen Materialismus ist weder national, noch ist es liberal. Wenn wir erst dahin gelangen, daß wir uns nicht mehr durch das christliche Sittengesetz gebunden fühlen, wenn wir die Menschlichkeit als Geschwür hinstellen und der Arbeiter mit seiner Dienstleistung zugleich auch sein ganzes Gehengeschäft ausliest soll, so ist das der Krieg aller gegen alle. Wir werden niemals das Recht einer kleinen Mutter begreifen, wie werden politisch als

Zustimmung des Verbandsvorstandes darf ein dem Arbeitgeberverband Magdeburg angehörfener Unterkreis keinerlei Zugeständnisse an seine streitenden Arbeiter machen. Die Vermittelung der Bevölkerung, der Gewerbevereine, der Gewerbeinspektoren ist mit dem Hinweis abzulehnen, daß dies Aufgabe des Verbandes sei. Sämtliche Arbeitgeber sind verpflichtet, die während eines Streiks vom Vorstand getroffenen Anordnungen zu befolgen.

Zu dieser gänzlichen Freiheit des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeitgeber an ihren Ver-

band bemerkt die „Sozialpraxis“:

„Die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse ist in unserer so heitig gärenden Zeit für die Erhaltung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter von der größten Wichtigkeit. Haben die Arbeiterausschüsse doch die Aufgabe, die widersprechenden Interessen nach Möglichkeit zu verschönern und einen befriedigenden Ausweg aufzufinden. Der Ausschuss nimmt eine doppelte Vertrauensstellung ein: erstens gegenüber der Geschäftsführung zur Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes, zweitens gegenüber der Arbeiterschaft, die in ihm den beauftragten Vermittler ihrer Wünsche sieht. Von besonderer Bedeutung für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ist namentlich die unter letzterem Punkte verstandene Tätigkeit. Diese ist so recht geeignet, ein gutes Einvernehmen zwischen Leitung und Personal herzustellen, wenn von beiden Seiten an die Aufgabe nur mit einigermaßen gutem Willen herangetreten wird. Es gibt keinen größeren Betrieb, wo bezüglich der Arbeitsbedingungen nicht immer irgend etwas zu regeln bleibt oder zu verbessern ist, was der Leitung — wenn sie noch so aufmerksam wäre — doch gründlichst entgehen möchte. Eine Gelegenheit zur Ausprache über Liegestände oder notwendige vorbereitete Reformen verhindert, daß Unzufriedenheit und Misstrauen aufzutreten und bringt beide Parteien einander näher. Sieht die Arbeiterschaft, daß ihre Wünsche vorzeitig geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden, so wird selten zu befürchten sein, daß sie das Entgegengesetz durch Vorbringen unerfüllbarer Forderungen missbrauchen wird. Die regelmäßige gegenseitige Aussprache ist zudem das beste Mittel, Kämpfe vorzubringen. Erforderlich für die aufrechterhaltende Tätigkeit des Ausschusses ist, daß er kein Scheindasein führt, sondern ein lebendiges Bindeglied zwischen Arbeiter und Arbeitgeber bildet. Nach dieser Richtung hin bemerkt der Berichterstatter für den Gewerbeaufsichtsbezirk Berlin:

„Es ist stets bedachtet, daß ein Arbeiterausschuss nur da lebensfähig ist, wo einerseits die Mitglieder des Ausschusses sich immer bewußt bleib, daß sie nicht lediglich dazu da sind, die Wünsche der Arbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vertreten, sondern dazu, daß sie auch die Interessen des Arbeitgebers in angemessener Weise zu berücksichtigen haben, um so ein vermittelndes Element zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu bilden, und wo andererseits der Arbeitgeber oder Betriebsleiter für den Arbeiterausschuss selbst anhaltend reges Interesse zeigt, indem er regelmäßige Sitzungen mit ihnen abhält, ihnen bestimmte Aufgaben, besonders die Beteiligung an der Verwaltung der zum Interesse der Arbeiterschaft getroffenen Einrichtungen zuteilt und die einzelnen Mitglieder des Ausschusses für ihre Aufgaben zu erwärmen weiß.“

Die Hauptvoraussetzung für eine gedeihliche Wirtschaft eines Ausschusses sind also vor allem eine lebendige Teilnahme des Arbeitgebers an den Geschäften und Sitzungen des Ausschusses, regelmäßige Sitzungen, nicht etwa, wenn irgend ein Unternehmen eine hohe Angebrachte erscheinen läßt, ein fest umschlossener Aufgabenkreis. Wo die Arbeiterausschüsse diesen Anforderungen entsprechen, können die Gewerbeaufsichtsbeamten auch fast durchweg von deren Nutzen sowohl für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer berichten. Von ersten wollen viele deswegen von ihnen nichts wissen, weil sie dieselben seit der starken Entwicklung der Gewerbeaufsichtsorganisationen für überflüssig halten, da der Ausschuss dann nur der Willensvollstrecker der Organisationen sei. Das mag bei Lohnforderungen vielleicht zutreffen, es gibt aber doch noch eine Reihe von Aufgaben, die außerhalb der Lohnfrage liegen, so z. B. wird vielfach der Arbeiterausschuss die bessere Instanz sein, um Klagen der Arbeiterschaft über kleinere Missstände, Winde und Rechtmäßigkeiten, die andernfalls der Betriebsleitung wohl nicht bekannt würden, bei dieser anzubringen. Diese wird dadurch häufig in die Lage versetzt, mit geringen Opfern vorhandene Missstände, deren Bestehenbleiben leicht zu Missstimmungen in der Arbeiterschaft führen könnte, rechtzeitig zu begegnen.

Aus dem Saarrevier wird neuerdings ein fast unglaublicher Fall von Arbeitgeberverzerrung berichtet. Die wirtschaftliche Vereinigung der Großindustriellen des Saarreviers fasste den Besitztum, die tariftreuen Buchdruckereien zu boykottieren und die gesamte deutsche Großindustrie zum gleichen Vor gehen zu veranlassen. Als nicht nur in den eigenen, sondern auch in vollständig fernstehenden Betrieben soll die Zuchtrede der Schriftsteller geschwungen und dort alte, fest eingebürgerte Verträge zerstört werden. Mit diesem Besitztum haben die Herren den Besitz gekauft, daß sie in ihrem Größenwahn alles für erlaubt betrachten, was sie für Erhaltung ihrer Alleinherrschaft für notwendig halten. In guten Deutsches überzeugt, besagt der obige Besitztum nur: Ein jeder, der den Arbeitern einen Einfluß auf die Gestaltung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses gestattet, wird hingerichtet, d. h. zugrunde gerichtet!

Nun, die Buchdruckerbetriebe werden diese neueste Drohung mit Stude hinnehmen, denn im Buchdruckerbetriebe ist die Tarifbewegung so weit verbreitet und so fest gesetzt, daß daran die Wut der Schriftsteller nichts mehr ändern kann. Angeschlagene Verträge werden die Redensart von den „auftretenden Personen“ im Stunde organisierten Arbeitgeber zur Stelle.

Arbeiterausschüsse.

Die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse ist in unserer so heitig gärenden Zeit für die Erhaltung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter von der größten Wichtigkeit. Haben die Arbeiterausschüsse doch die Aufgabe, die widersprechenden Interessen nach Möglichkeit zu verschönern und einen befriedigenden Ausweg aufzufinden. Der Ausschuss nimmt eine doppelte Vertrauensstellung ein: erstens gegenüber der Geschäftsführung zur Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes, zweitens gegenüber der Arbeiterschaft, die in ihm den beauftragten Vermittler ihrer Wünsche sieht. Von besonderer Bedeutung für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ist namentlich die unter letzterem Punkte verstandene Tätigkeit. Diese ist so recht geeignet, ein gutes Einvernehmen zwischen Leitung und Personal herzustellen, wenn von beiden Seiten an die Aufgabe nur mit einigermaßen gutem Willen herangetreten wird. Es gibt keinen größeren Betrieb, wo bezüglich der Arbeitsbedingungen nicht immer irgend etwas zu regeln bleibt oder zu verbessern ist, was der Leitung — wenn sie noch so aufmerksam wäre — doch gründlichst entgehen möchte. Eine Gelegenheit zur Ausprache über Liegestände oder notwendige vorbereitete Reformen verhindert, daß Unzufriedenheit und Misstrauen aufzutreten und bringt beide Parteien einander näher. Sieht die Arbeiterschaft, daß ihre Wünsche vorzeitig geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden, so wird selten zu befürchten sein, daß sie das Entgegengesetz durch Vorbringen unerfüllbarer Forderungen missbrauchen wird. Die regelmäßige gegenseitige Aussprache ist zudem das beste Mittel, Kämpfe vorzubringen. Erforderlich für die aufrechterhaltende Tätigkeit des Ausschusses ist, daß er kein Scheindasein führt, sondern ein lebendiges Bindeglied zwischen Arbeiter und Arbeitgeber bildet. Nach dieser Richtung hin bemerkt der Berichterstatter für den Gewerbeaufsichtsbezirk Berlin:

„Es ist stets bedachtet, daß ein Arbeiterausschuss nur da lebensfähig ist, wo einerseits die Mitglieder des Ausschusses sich immer bewußt bleib, daß sie nicht lediglich dazu da sind, die Wünsche der Arbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vertreten, sondern dazu, daß sie auch die Interessen des Arbeitgebers in angemessener Weise zu berücksichtigen haben, um so ein vermittelndes Element zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu bilden, und wo andererseits der Arbeitgeber oder Betriebsleiter für den Arbeiterausschuss selbst anhaltend reges Interesse zeigt, indem er regelmäßig Sitzungen mit ihnen abhält, ihnen bestimmte Aufgaben, besonders die Beteiligung an der Verwaltung der zum Interesse der Arbeiterschaft getroffenen Einrichtungen zuteilt und die einzelnen Mitglieder des Ausschusses für ihre Aufgaben zu erwärmen weiß.“

Die Hauptvoraussetzung für eine gedeihliche Wirtschaft eines Ausschusses sind also vor allem eine lebendige Teilnahme des Arbeitgebers an den Geschäften und Sitzungen des Ausschusses, regelmäßige Sitzungen, nicht etwa, wenn irgend ein Unternehmen eine hohe Angebrachte erscheinen läßt, ein fest umschlossener Aufgabenkreis. Wo die Arbeiterausschüsse diesen Anforderungen entsprechen, können die Gewerbeaufsichtsbeamten auch fast durchweg von deren Nutzen sowohl für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer berichten. Von ersten wollen viele deswegen von ihnen nichts wissen, weil sie dieselben seit der starken Entwicklung der Gewerbeaufsichtsorganisationen für überflüssig halten, da der Ausschuss dann nur der Willensvollstrecker der Organisationen sei. Das mag bei Lohnforderungen vielleicht zutreffen, es gibt aber doch noch eine Reihe von Aufgaben, die außerhalb der Lohnfrage liegen, so z. B. wird vielfach der Arbeiterausschuss die bessere Instanz sein, um Klagen der Arbeiterschaft über kleinere Missstände, Winde und Rechtmäßigkeiten, die andernfalls der Betriebsleitung wohl nicht bekannt würden, bei dieser anzubringen. Diese wird dadurch häufig in die Lage versetzt, mit geringen Opfern vorhandene Missstände, deren Bestehenbleiben leicht zu Missstimmungen in der Arbeiterschaft führen könnte, rechtzeitig zu begegnen.

Und Religion ist dennoch Privatsache.

Es läßt sich kaum ein ärgerer Humbug aufstellen, als ihn die Sozialdemokratie mit ihrem Programmsatz „Religion ist Privatsache“ treibt. Die freien Gewerkschaften entziehen sich auch in sehr geistigen Fragen als die treuen Schildknappen der Kirche, insofern sie es dieser in der Heze gegen Glauben und Kirche gleichzutun juchen. So berichtet die „Büder-Zeitung“, das Organ der „freibürgerlichen“ Büdergesell., in ihrer Nr. 7. d. J. aus Frankfurt folgendes:

„Eine von über 200 Kollegen bejubigte Versammlung nahm am 8. Februar im Saale des Gewerbeaufsichtsgebäudes zu Frankfurt einen Vortrag des Predigers der freireligiösen Gemeinde, Herrn Klaus von hier, entgegen. Der Vortragende bewies mit großer Intelligenz die bis ans Unvorstellbare grenzenden Lehren der alten Kirche,lein modernen beständiger, geistig normal veranlagter Mensch könne den offenkundlichen Lehren glauben. Lässende und Abstossende hätten sich innerlich von der Kirche trennen, aber nicht in die Tot umgesetzt, was zum unvermeidlichen sei, da die Regierung auf Gewissen, daß sich noch Millionen evangelisch aber katholisch bestimmt einzeichnen, ein gewal-

Düsseldorf. (Verlautermachung.) Den Mitgliedern der Kenntnis, daß das Krankengeld nicht mehr Samstag, sondern jeden Sonntag, von 10—11 Uhr vormittags, beim Kassierer Jos. Schrieser, Domhof Nr. 1, ausgezahlt wird.

Düsseldorf. Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß von Juli an ein Unterrichtsklausus eingeführt wird. Dagegen, welche am derselben teilnehmen wollen, haben sich bis zum 15. Juni bei ihrem Vertrauensmann oder beim Vorsitzenden zu melden. Außerdem empfehlen wir allen unseren Mitgliedern unsere Kartellbibliothek. Die Ausgabe der Bücher findet jeden Sonntag, von 11½—12 Uhr, im Kartellzimmer beim Herrn Witten Fölling statt.

Cupen. Vor einigen Wochen ist die Gründung eines lokalen Textarbeiterverbandes für Cupen von etwa 30—40 freiberuflichen Mitgliedern des Zentralverbandes christl. Textarbeiter und bisher unorganisierten Webern beschlossen worden. Die Führung hat ein vor zwei Jahren aus dem Centralverbande ausgetretener Weber mit Namen Jos. Ferres übernommen. Wenn wir uns heute mit dieser Gründung beschäftigen, so geschieht dieses, weil es die Textarbeiter interessieren wird, näheres über dieses Sonderorganisationen zu vernehmen. Als der Centralverband des christl. Textarbeiterverbandes gegenüber den Belegschaften der K. & K. Meppe-Werken bestreitig war, daß von jedem berufstätig denkenden Gewerkschafter als das Richtige angesehen werden müste, stellten sich die oben genannten Weber auf die Seite des disziplinlosen Mitglieder unseres Verbandes und versuchten sich selbst und anderen weis zu machen, daß das demokratische Prinzip der Gewerkschaft bestimmt das Austragen unseres Verbandsorgans recht pünktlich zu besorgen verspricht. Kollege Voigt referierte über „neuere Streiterfahrungen“. Zum Schluss wurden noch verschiedene andere Angelegenheiten besprochen.

M.-Gladbach. Gerade wie vor kurzem der Genossen Schierenfarb in M.-Gladbach, gefiel sich der Genossen Busch aus Eheydt darin, den Bezirksvorstand Hermes aus Gladbach und den Bezirksvorständen Sistrich aus Aachen auf den 26. Mai, also 8 Uhr nach Eheydt zu einer Versammlung einzuladen. Ob die Genossen meinten, die Bezirksvorstände hätten sonst nichts zu tun, wie ihnen a. i. ihren Versammlungen nachzuhören? Mit dieser Kalkulation mögen die Genossen nur ruhig abbrechen, denn den Gefallenen wird man ihnen nicht erweisen, ihre Versammlungen auf diese Weise interessant zu machen, auch mögen unsere Mitglieder solche Versammlungen meiden, um vor Enttäuschungen bewahrt zu bleiben.

M.-Gladbach. Bisher war noch vielfach die Meinung verbreitet, daß mit organisierten Arbeiter bei Bewegungen auf sogenannten schweren Seiten geführt würden. In der letzten Zeit wurde aber auch ein Fall bekannt, wo 4 Arbeiter bei einem Fabrikanten ohne Organisation um eine Lohn erhöhung einfielen. Diese wurde ihnen nicht gewilligt, was die Arbeit bewog, ihre Kundigung gemeinsam einzuziehen. Die Folge war, daß die Namen dieser Arbeiter anderen Firmen zur Kenntnisnahme mitgeteilt wurden, die werden nun noch Arbeiter, die ihre Lage verbessern wollten, wahrscheinlich aus Solidarität nicht eintreten. Hieran sieht man wieder, wie Unternehmertum kein Unterschied gemacht wird, ob eine Bewegung durch eine Organisation geleitet oder ob die Arbeiter auf eigene Faust vorgehen. Solche Fälle sind so recht geeignet, denjenigen, welche die Organisation auszutunnen vermögen, mal die Augen zu öffnen. Es waren dies keine Weber, sondern Arbeiter eines Nebenbetriebes, auch für diese stellt sich immer dringender die Notwendigkeit der Organisation heraus.

M.-Gladbach-Germes-Dahl. Im frühen Frühjahr wollten die Leiter des „christl.“ Textarbeiterverbandes bei den Arbeitern und Arbeitern der Käsefabrik der Firma Gebr. Böker. Sie hatten für diese Belegschaft eine Versammlung angelegt, die Sache aufgrund für gewisse Leute ungemein wichtig wurde, wurde der Beschluss gefasst, den Vorstand des Ortsgruppe zu ersuchen, die Sache in die Hand zu nehmen!!! Mit anderen Worten: man wollte den Vorstand als Vorwand benutzen, um die ganze Ortsgruppe mit Bevölkerung und Belegschaft einzuladen. Die Antwort, welche der Vorstand auf eine solche Rücksicht gegeben hat, ist so deutlich, daß sie zu seinem Vorstandshaus hinführte. Am 15. Mai hielt nun das „vorbereitende Komitee“ in der Restaurierung Gille eine Versammlung ab. Man hätte nun doch erwarten können, daß es auf dieser Versammlung zu einer freien, ehrlichen Austausch kommen würde. Aber weit gefehlt! Die Herren sagten gerade nicht mit einer einzigen Worte: „Wir ausgestoßen zu sein.“ Dieses geht schon daraus hervor, daß der Leiter, Herr Ferres, eine Ansprache und Diskussion von vornherein ablehnte. Erst sehr später entschieden sich einige der Herren, um der Versammlung teilzunehmen. Leider hat diese vielerpreisende Tagessitzung nicht den erwarteten Erfolg gehabt, denn etwa 8 Mann von über 60 Arbeitern hatten sich zu dieser „Versammlung“ eingefunden. Es scheint, daß die Arbeiter und Arbeitnehmer der Firma von der Weisheit und Tatkraftsicherheit der „Genossen“ nicht sehr erblüht sind. Sie können den Genossen den guten Rat geben, in Zukunft auf ihrem Laufzettel zu bemerken: „Wer gerne verloft sein will, verzähne nicht, an der Versammlung teilzunehmen.“ Bischleitner zieht das besser.

Groß-Gera. Wie es hier üblich ist, machte auch unsere Ortsgruppe am Himmelfahrtstage früh eine Feierlichkeit nach dem Buchen-Schützenmühl-Waldhaus-Schloß Groß und Klein freute sich in der schönen Gottesnacht amüsieren und grünen. Das war ein herrlicher Abend: die gesiederten Freunde sangen und zwitscheren ihr Lied, Tänzerinnen glänzten in der Sonne, Bäcklein murmelten zur Seite und über uns das grüne Feld. Nach solch herzerfrischender Wandertag mündete vorzüglich das mitgebrachte Brot und ein frischer Trunk beim Wirt im kleinen Grunde. Auch der Humor kam zu seinem Rechte. Die eher nicht mitgängen haben sich selbst um einen ebenso erhebenden wie billigen Genuss gebracht.

Groß-Aubachtal. In unserer Versammlung am 22. Mai sprach Kollege Käferer über gesetzliche Disziplin und die Vorfälle in Aachen. In der Diskussion beteiligten sich noch Bezirksleiter E. Kümmel und Kollege C. Beer. Es wurde auch der schlechte Stand unserer Versammlungen gerügt.

N.B. Kollegen und Kolleginnen von Facharbeiter, bezügl. unserer Versammlungen regelhaft! Aussklärung über alle gewerkschaftlichen Fragen und Vorfälle im wesentlichen besser zu verhindern. Sollten wir den Leuten helfen, um sie von solchen Fällen auf den Stein los zu lassen. Auf die Größe dieser Fällen kann man schmunzeln, da jedes Blatt es eben so gut zu kann.

Aachen. Am 23. d. M. wurde auf Wunsch der organisierten Kollegen und Kolleginnen der folgendes eine Versammlung abgehalten, dieselbe war gut besucht. Da unsere Ortsgruppe keinen Repräsentanten zur Stelle hatte, referierte Kollege Höder, Vorsteher vom spätesten Sachsenauerwerksverband. Seine Eröffnung der Versammlung lautete der Repräsentant: „Die gegenwärtige Lage in der Textilindustrie im allgemeinen und die Zukunft Textilindustrie.“ Höder führte uns fast vor Augen, wie finanzielle und Arbeitsmarktsituationsveränderungen zu einem neuen und breiteren, daß die Arbeitgeber betrachtet habe, ihre Organisation immer mehr zu festigen und auszubauen, während die Arbeitnehmer dies nicht mit anstrengt. Die Arbeitnehmer müssen einig sein und kann in Form arbeiten, nur dann können sie mit einem Erfolg rechnen, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Besonders inbezogen auf die Einigkeit unter den Kollegen sei noch viel zu sagen. Letzterer Befehl lehrte den Lehrer, daß der uns folgenden Diskussion zwischen alle Kollegen im Stande seien, nur ein einheitlicher Arbeitgeber könnte dieses noch seinem bestreuten „Prinzip“ nicht von Zeichen in einen längeren Zeitraum und hat, wie er hofft, seine ganze Kraft eingesetzt, um die Arbeitnehmer in dieser Industrie zu erhalten und mit jede Art und Weise dem christlichen Gewerbe entgegen zu treten. Daß es ihm weiterhin um die Interessen der Arbeiter zu tun war, bewies er dadurch, daß er gleich persönlich wurde und die besten Freunden, Höder und Greier, zu verhindernden wußte. Der Vortragende, sowie der Vor-

steher und Kollegen schafften knapp abgewiesen mit der Begründung: „Wer nicht dafür arbeiten will, kann sofort aufhören.“ Hierauf verließ die drei Weber die Fabrik, die anderen arbeiteten ruhig weiter. Am Mittag desselben Tages hatten die Weber eine Besprechung ab in der Fabrik und die Förderung der drei Weber zu prüfen. Die Fabrik kam einstimmig zu dem Resultat, daß die Förderung gerecht sei und möchten zur selben Stunde eine Kommission von drei Mann. Diese Kommission sollte sofort vorstehen werden und mit der Firma über die Sache verhandeln. Diese Kommission wurde ebenso schroff abgewiesen. Hierauf erklärte die Weber sich solidarisch und verließen sofort die Fabrik. Es erfolgte darauf am Montag, den 14. Mai, durch Verlautermachung des Fabrikantenvereins die Auflösung sämtlicher Textarbeiter, wenn bis zum 16. Mai die Weber der Firma Weitens die Arbeit nicht wieder aufzunehmen hätten. Dieselben hatten dieses jedoch getan und die Auflösung wurde verschoben. Es erfolgte am Donnerstag, den 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai eine nochmalige Belehrung. Jetzt waren die Firma und die Arbeiter darin einverstanden, daß am Freitag, den 18. Mai die Firma wieder aufgenommen wurde, unter der Bedingung, daß ihnen acht Tage die Firma mit ihren Arbeitern über verschiedene andere Punkte sich einigen werde. Von Seiten des christlichen Verbandes war mir ein Mitglied nicht gekommen und die Auskunftung wurde verschoben. Es erfolgte am Donnerstag, den 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai eine nochmalige Belehrung. Jetzt waren die Firma und die Arbeiter darin einverstanden, daß am Freitag, den 18. Mai die Firma wieder aufgenommen wurde, unter der Bedingung, daß ihnen acht Tage die Firma mit ihren Arbeitern über verschiedene andere Punkte sich einigen werde. Von Seiten des christlichen Verbandes war mir ein Mitglied nicht gekommen und die Auskunftung wurde verschoben. Es erfolgte am Donnerstag, den 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden Firma und den Arbeiter gewünschte Kommission angebahnt, in welcher eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt wurde:

1) Für die neue Weit anstatt Schreiber 13½ Pf. pro 1000 St. jetzt 14½ Pf. pro 1000. 2) Anstalt selber zu finanzieren der Fabrik 7, 8, 9 Pf., jetzt 8, 9, 10 Pf. pro 100 St. Es erfolgte am 17. Mai die Entlassung der Arbeiter. Durch den Herrn Oberbürgervorsteher Würth wurde eine Belehrung zwischen der betreffenden